

Sitzungsniederschrift

Gremium: **Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Soziales (AJFSS)**

Datum: **Dienstag, 07. Februar 2017, um 17:00 Uhr**

Ort: **Kleiner Sitzungsraum des Rathauses**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Niemann, Margrit (Vorsitzende)
Alder, Joachim
Bosse, Cornelia (ab TOP 6)
Broughman, Stefan
Dickert, Carina (Elternvertreterin)
Georgi, Katja (Vertreterin Kita)
Gogolin, Gabriele
Ide, Guido
Knigge, Michaela (Lehrervertreterin)
Loock, Jeanette (Elternvertreterin)
Romba, Christian
Schmidt, Christian (bis TOP 11)
Strümpel, Uwe (für Grune, Margit)
Theisen, Maria (Lehrervertreterin)
Winkelmann, Wilfried (für Doil, Hans-Joachim)
Zerrath, Andrea (Vertreterin Freie Wohlfahrtspflege)
Es fehlen:
Gardlo, Rita (Vertreterin Kita)
Grune, Margit
Von der Verwaltung:
Otto, Henning Konrad (1. Stadtrat)
Leppin, Carsten (Fachbereichsleiter)
Wienzek, Sabine (Protokollführerin)
Gäste:
Preuß, Friedrich (Ratsmitglied)
Frau Wunder (Migrationsberatungsstelle Diakonie)
1 Pressevertreterin
3 Zuhörer

Erster Stadtrat

Vorsitzende/r

Protokollführer/in

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3** Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4** Einwohnerfragestunde
- TOP 5** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 30.11.2016
- TOP 6** ANH008/17 Vortrag der Diakonie, Migrationsberatungsstelle, Frau Wunder
- TOP 7** V069/16 Gründung eines Ausländerbeirates; Antrag von Frau Gogolin, UWG
- TOP 8** V077/16 Errichtung eines gemeinsamen Schulbezirks für die städtischen Grundschulen; Beratung über das weitere Vorgehen
- TOP 9** Bekanntgaben
- TOP 10** Beantwortung von Anfragen aus vorigen Sitzungen
- TOP 11** Anfragen und Anregungen
- TOP 11.1** Herr Alder: Wartezeiten für schulpflichtige Flüchtlingskinder im Wartehäuschen in Emmerstedt
- TOP 11.2** Frau Niemann: 2. Brandfall im Fahrstuhl Marktpassage
- TOP 11.3** Herr Romba: Jahresbericht des Seniorenbeirates
- TOP 11.4** Frau Georgi: Problematik Anmeldungen für Kita-Plätze
- TOP 12** Einwohnerfragestunde
- TOP 13** ANT001/17 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.17; Einführung von "Schülersprechstunden"

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Niemann begrüßt die Ausschussmitglieder, Frau Wunder von der Migrationsberatungsstelle und bittet die neu hinzugewählten Mitglieder Frau Zerrath und Frau Georgi, sich kurz vorzustellen. Sie weist besonders darauf hin, dass nur die Lehrer- und Elternvertreter dieses Ausschusses für die Vorlagen, die den Schulbereich betreffen, stimmberechtigt sind und eröffnet sodann die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Niemann stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit des AJFSS fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Strümpel bittet, seinen als Tischvorlage vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.17, den er bereits vor 11 Tagen bei der Verwaltung eingereicht habe, als TOP 13 in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

Nach kurzer Diskussion stimmt der AJFSS diesem Antrag zu und Frau Niemann stellt die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird kein Gebrauch gemacht.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 30.11.2016

Herr Winkelmann merkt an, dass er an der Sitzung am 30.11.2016 teilgenommen habe, aber nicht auf der Teilnehmerliste aufgeführt sei. Frau Niemann sichert zu, dass das geändert werde.

Der AJFSS genehmigt sodann die Niederschrift über die öffentliche Sitzung am 30.11.2016 mit einer Enthaltung.

TOP 6 Vortrag der Diakonie, Migrationsberatungsstelle, Frau Wunder

ANH008/17

Frau Wunder stellt sich vor und berichtet sodann ausführlich über die Arbeit der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe gem. der beigefügten Darstellung (ANH008/17).

Frau Niemann bedankt sich für den Vortrag und teilt mit, dass die Ausführungen in der Theorie gut dargestellt wurden und was das Ganze in der Praxis bedeute, werde sich sicherlich in den kommenden Monaten und Jahren zeigen.

Herr Strümpel teilt mit, dass dieses Modell in der Theorie sehr überzeugend klinge und bittet um beispielhafte Verdeutlichung der Vernetzung zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, in welchem Zeitraum man sich treffe und was die Inhalte dabei seien. Er fragt ferner an, ob Frau Wunder noch einen weiteren Bedarf an Handlungsfähigkeit sehe, um neue Konstrukte zu schaffen, die die Arbeit noch expertiver machen.

Frau Wunder erklärt, dass es im Prinzip drei Netzwerke im Landkreis Helmstedt gebe. Ein Netzwerk auf der fachlichen bzw. hauptamtlichen Ebene für Migration/Integration, welches die Bildungsträger wie BAMF, Ausländerbehörde, Jobcenter/Arbeitsagentur usw. verbinde. Weiterhin gebe es je ein Netzwerk für Flüchtlingshilfen auf der ehrenamtlichen sowie der hauptamtlichen Ebene. Zu den ehrenamtlichen Runden werden auch regelmäßig die Behördenvertreter eingeladen, damit hier aktuelle Fragen und Probleme behandelt werden können. Zum weiteren Bedarf teilt sie mit, dass die Arbeitsphase der Arbeitsgruppen soweit abgeschlossen sind und man habe Empfehlungen von der Basis gesammelt und zusammengeführt. Sie wünsche sich eine enge Begleitung für die Umsetzungsphase und dass viele Institutionen dort mitwirken können.

Frau Gogolin bedankt sich für den Vortrag und bittet Frau Wunder um einen Beratungstermin, da ihrerseits Gesprächsbedarf bestehe.

Frau Bosse fragt an, wie die Flüchtlinge auf die Beratungsstellen aufmerksam gemacht werden.

Frau Wunder teilt mit, dass dies überwiegend über die ehrenamtlichen Mitglieder erfolge bzw. die Flüchtlinge untereinander sehr gut vernetzt seien.

Herr Romba teilt mit, dass die Flüchtlinge, die in Harbke untergebracht sind, dieses Netzwerk auch nutzen und fragt nach dem prozentualen Anteil. Ferner bittet er Frau Wunder um ihre Meinung zur Notwendigkeit eines Ausländerbeirates.

Frau Wunder antwortet, dass diese Flüchtlinge wegen der hohen Anzahl zwischenzeitlich abgewiesen werden müssen, da sonst die anderen Ratsuchenden zu kurz kommen und eine länderübergreifende Tätigkeit nicht vorgesehen sei. Zum Thema Ausländerbeirat teilt sie mit, dass dieses Thema sehr schwierig zu beantworten sei und hier große Rechtsunsicherheit bestehe, zumal dieses Thema in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich gehandhabt werde. Auf Bitte von Frau Niemann habe sie hier sehr ausführlich recherchiert, sei aber zu keinem aussagefähigen Ergebnis gekommen.

TOP 7 Gründung eines Ausländerbeirates; Antrag von Frau Gogolin, UWG
V069/16

Frau Gogolin verliest folgenden schriftlichen Antrag:

"Hiermit stelle ich meinen Antrag heute vorerst zurück, bzw. werde diesen erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Entscheidung bzw. Zustimmung in der bereits vorliegenden Antragsform aufleben lassen, sprich - dem Rat, den Fachausschüssen erneut in Erinnerung bringen."

Der AFJSS nimmt diesen Antrag nach kurzer Diskussion zur Kenntnis.

**TOP 8 Errichtung eines gemeinsamen Schulbezirks für die städtischen
Grundschulen; Beratung über das weitere Vorgehen**

V077/16

Frau Niemann verweist auf die Vorlage und bittet die Verwaltung um einleitende Worte.

Herr Otto teilt mit, dass eine Einleitung aus seiner Sicht nicht mehr notwendig sei, da dieses Thema seit geraumer Zeit ausführlich in den Fraktionen beraten wurde.

Herr Alder teilt mit, dass Grundprämisse sei, in der Kernstadt einen gemeinsamen Schulbezirk zu schaffen und in Büddenstedt und Emmerstedt sollen die Schulen einen festen Einzugsbereich haben. Er fragt sich, ob diese Verfahrensweise in einer Satzung überhaupt zulässig sei, da die Schüler hier unterschiedlich behandelt werden und er habe u.a. auch im Nds. Schulgesetz hierzu keine Regelung gefunden. Er spricht sich für eine Elternbefragung aus.

Herr Leppin verweist hierzu auf den § 63 Abs. 2 Satz 4, wonach für mehrere Schulen derselben Schulform, die sich an einem gemeinsamen Standort befinden, ein gemeinsamer Schulbezirk festgelegt werden kann. Wenn z.B. aus Emmerstedt oder Büddenstedt ein Kind in die Kernstadt will, muß dann laut Auskunft der Landesschulbehörde eine Ausnahmegenehmigung von der Schulleitung erteilt werden.

Herr Strümpel schlägt vor, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden und Infoveranstaltungen in den Schulen durchzuführen, sowie der Forderung des Stadtelternrates zur Durchführung einer Elternbefragung nachzukommen.

Herr Winkelmann spricht sich nach einigen Ausführungen gegen die Auflösung der Schulbezirke aus.

Herr Ide bedankt sich bei der Verwaltung für das ausführliche Konzept. Man solle nach Abwägung sämtlicher Interessen letztlich dem Willen der Eltern folgen, die am besten wissen, was für ihre Kinder gut sei und spricht sich ebenfalls für eine Elternbefragung und eine Abstimmung zur Beschlussvorlage aus.

Herr Romba weist darauf hin, dass der Stadtelternrat bereits vor 4 Jahren um diese Diskussion gebeten habe und findet es bedauerlich, dass hier noch immer keine Lösung gefunden wurde. Er teilt mit, dass wir in Helmstedt sehr gute Grundschulen weit über dem Landesdurchschnitt haben und spricht sich nach weiteren Ausführungen für eine Abstimmung aus.

Frau Bosse spricht sich für die Auflösung der Schuleinzugsbereiche aus und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Kosten für die Schülerbeförderung steigen werden. Sie gibt zu bedenken, dass bei der Befragung zur IGS beim Landkreis nur ein Rücklauf von 40 % zu verzeichnen war, sträube sich jedoch nicht gegen eine Befragung.

Frau Gogolin spricht sich aus sozialen Aspekten gegen die Aufhebung der Schulbezirke und für eine Elternbefragung aus.

Die Elternvertreterin Frau Loock sowie die Lehrervertreterin Frau Theisen, die auch im Namen der Schulleiter/in Frau Feder und Herrn Wäterling spricht, befürworten eine Auflösung, damit die Eltern frei wählen können, in welche Schule ihr Kind gehen soll. Frau Theisen fragt an, ob Fahrkosten von Eltern übernommen werden können, wenn diese eine Schule wählen, die nicht in ihrer Nähe ist. Die Elternbefragung sehe sie problematisch, da sie gehört habe, dass Eltern vielfach diese Fragebögen nicht verstehen und dementsprechend gering sei auch der Rücklauf.

Auf Nachfrage von Frau Niemann gibt Herr Otto einige Erläuterungen zur möglichen Bildung einer Arbeitsgruppe. Es schließt sich eine weitere rege Diskussion an.

Frau Niemann stellt sodann folgende Vorgehensweise zur Abstimmung:

- Entwicklung eines Fragebogens zur Elternbefragung
- Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der Pro & Contra-Ausführungen der Seite 42/Anlage 3 der Vorlage aus 2013 und der Zuarbeiten, die bis 21.02.17 aus den Fraktionen und dem Rat kommen sollen, eine Vorlage nebst Fragebogen bis zur nächsten

Sitzung zu erarbeiten.

Der AJFSS spricht sich sodann einstimmig bei jeweils 4 Enthaltungen für die vorstehend genannte Vorgehensweise aus.

TOP 9 Bekantgaben

Es liegen keine Bekantgaben vor.

TOP 10 Beantwortung von Anfragen aus vorigen Sitzungen

Die Beantwortung von Anfragen aus vorigen Sitzungen ist über das Ratsinformationssystem erfolgt. Die hinzugewählten Mitglieder haben die Beantwortung in Papierform erhalten.

TOP 11 Anfragen und Anregungen

TOP 11.1 Herr Alder: Wartezeiten für schulpflichtige Flüchtlingskinder im Wartehäuschen in Emmerstedt

Herr Alder hat beobachtet, dass schulpflichtige Flüchtlingskinder im Wartehäuschen in Emmerstedt an der Hauptstraße ca. 1 Stunde auf den Bus warten müssen. Er findet diese Situation unzumutbar und bittet, dies abzustellen.

TOP 11.2 Frau Niemann: 2. Brandfall im Fahrstuhl Marktpassage

Da im 2. Brandfall am Fahrstuhl der Passage eventuell wieder eine Gruppe Jugendlicher beteiligt waren, die sich oft im Parkhaus oder in der Passage aufhalten, stellt Frau Niemann folgende Anfrage:

Ist es möglich, dass sich Beschäftigte des JFBZ möglichst zeitnah um diese Jugendlichen, die im Parkhaus oder der Passage "rumlungern", kümmern könnten? Sie denke da an ein sog. Streetworking, was es früher auch schon einmal gegeben habe, um den Jugendlichen Alternativen für ihre Freizeit anzubieten. Sie regt an, mit der Leiterin Frau Kuhnt über dieses Thema zu sprechen und ggf. diese Problematik im ASO bzw. Präventionsrat zu behandeln.

Herr Broughman merkt dazu an, dass diese Gruppe von Jugendlichen seit Jahren Ärger bereiten und Schaden anrichten und meint, dass diese auch im JFBZ Hausverbot haben.

TOP 11.3 Herr Romba: Jahresbericht des Seniorenbeirates

Herr Romba teilt mit, dass der Seniorenbeirat bezuschusst werde, aber er einen Jahresbericht vermisste, um über die Arbeit informiert zu sein. Er bekomme regelmäßig die Jahresberichte der AWO und der AG21 und bittet darum, künftig auch vom Seniorenbeirat einen Jahresbericht zu erhalten.

Frau Niemann schlägt vor, den Seniorenbeirat zur nächsten Sitzung des AJFSS einzuladen.

TOP 11.4 Frau Georgi: Problematik Anmeldungen für Kita-Plätze

Frau Georgi möchte die Situation in den Kindergärten einmal vorstellen und teilt mit, dass regelmäßig etwa 50 Anmeldungen für einen Kita-Platz vorliegen, aber nur 20 Kinder aufgenommen werden können. In diesem Jahr sei die Situation besonders schlimm und sie bittet, diese Problematik in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Otto teilt hierzu ergänzend mit, dass dafür im Haushalt 50.000,00 Euro beschlossen wurden. Die Stadt Wolfsburg habe ein Unternehmen beauftragt und uns angeboten - nach noch einiger Vorlaufzeit - interessierten Ratsmitgliedern ein Programm in Wolfsburg vorzustellen, welches dieses Problem lösen könne.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in einem Fall Gebrauch gemacht.

TOP 13 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.17; Einführung von "Schülersprechstunden"

ANT001/17

Herr Strümpel gibt Erläuterungen zum schriftlichen Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.17. Er wünscht sich, dass sich die Schülerinnen und Schüler stärker an der Politik beteiligen und schlägt vor, diesen Antrag zur weiteren Beratung mit in die Fraktionen zu nehmen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an. Der AJFSS verständigt sich sodann darauf, diesen Antrag in den Fraktionen weiter zu beraten.

Nachdem alle Zuhörer den Raum verlassen haben, schließt Frau Niemann die öffentliche Sitzung um 19:30 Uhr.
